

Dr. Heinrich Zillich

15 Jahre nach der Charta der Vertriebenen

Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Sitte und Kunst nicht; gedeihen Sitte und Kunst nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man es nicht, daß in den Worten etwas in Unordnung sei. Das ist es, worauf alles ankommt.
Konfutse

Am 5. August 1950 verkündeten die Sprecher der Ostdeutschen in Cannstatt die Charta der Vertriebenen, eine Grundsatz- und Willenserklärung der Duldsamkeit und Einsicht, wie sie von verjagten, ausgeraubten, geschändeten Menschen, deren Angehörige zu Millionen gefoltert und ermordet wurden, bisher

noch niemals abgegeben worden ist. Sie lautet:

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeifüh-

rung eines freien und geeinten Europas ansehen:

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedanken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses

*Mitteilungen der Stiftung Sozialer Friedenswerte, Salzburg
Nr. 79, Folge 4, Okt.-Dez. 1965*

ihren Dienstge-
ein paar Schillinge erhält.

Schwierig ist die Lage von Lehr-
lingen vor allem dann, wenn sie
ihrer Ausbildung nicht in ihrem
Heimatort nachgehen können.

men haben. Was wir für die Jugend geben, geben wir für die
Sicherheit der Zukunft unseres Volkes.

Schicksal erlitten und erlebt. Daher
fühlen wir uns berufen zu verlan-
gen, daß das Recht auf die Heimat
als eines der von Gott geschenkten
Grundrechte der Menschheit aner-
kannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht
verwirklicht ist, wollen wir aber
nicht zur Untätigkeit verurteilt bei-
seitestehen, sondern in neuen, ge-
läuterten Formen verständnisvollen
und brüderlichen Zusammenlebens
mit allen Gliedern unseres Volkes
schaffen und wirken.

Die Völker der Welt sollen ihre
Mitverantwortung am Schicksal der
Heimatvertriebenen als den vom
Leid dieser Zeit am schwersten Be-
troffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es

ihren christlichen Pflichten und
ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß
das Schicksal der deutschen Heimat-
vertriebenen wie aller Flüchtlinge
ein Weltproblem ist, dessen Lösung
höchste sittliche Verantwortung zu
gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen
auf, die guten Willens sind, Hand
anzulegen ans Werk, damit aus
Schuld, Unglück, Leid, Armut und
Elend für uns alle der Weg in eine
bessere Zukunft gefunden wird."

Die Bundesrepublik ehrte sich
selbst, als sie am 5. August, gleich-
falls im Kursaal zu Canstatt, der
vor 15 Jahren erfolgten Verkündi-
gung der Charta feierlich gedachte.
Bundespräsident Lübke sagte dabei:
trotz dem humanen Geist der Charta

beschuldigten die Kommunisten nach
der „Haltet-den-Dieb-Taktik“ die
Verjagten als Nationalisten und Re-
vanchisten; und obwohl die Vertrei-
bung Unrecht gewesen sei, habe „der
Verzicht der deutschen Heimatver-
triebenen auf Gewalt zu keiner Sin-
nesänderung im Osten“ geführt.
Dennoch dürfe man nicht resignie-
ren. „Wer sein Recht finden will,
braucht gute Nerven und ein zähes
Beharrungsvermögen.“ Es gebe Staa-
ten, die gegen die Menschenrechte
verstießen und dies mit dem Mantel
des Menschenrechts verhüllen. Das
Ansehen der „Vereinten Nationen“
leide, wenn man solche Mitglieder
nicht tadele. Der Präsident des Bun-
des der Vertriebenen Dr. h. c. Wen-
zel Jaksch erklärte, die Leistung der
Vertriebenen für Westdeutschlands

Aufbau erkenne jeder Verantwortungsbewußte an, deshalb könnten sie die „Zweckfeindschaft einiger Berufskritiker gelassen ertragen“. Daß die Ostdeutschen das 15. Jahr nach Verkündigung der Charta als „Jahr der Menschenrechte“ begehen, beweise ihr Festhalten am gesteckten Ziel.

„Man könne“, meinte Wenzel Jaksch neulich, „zu einem Verständnis der Moskauer Politik den Deutschen gegenüber nur kommen, wenn man sich vor Augen hält, daß Bolschewismus gleich Kommunismus plus Panslawismus ist.“ Der den Russen seit Dostojewski eingetränkte Glaube an die nationalistische Eroberungsmission der Slawen verschärfte sich durch den zusätzlichen, tausendmal offen verkündeten Glauben, berufen zu sein zur Weltrevolution. Wie ernst das gemeint ist, wissen die Ostdeutschen aus Erfahrung, und kein Wohlstand läßt sie es vergessen.

Seit sie sich um 1949 landsmannschaftlich organisiert hatten, stoßen sie aber auf die Feindschaft jener Zeitungsschreiber, die behaupten, der Bolschewismus verwandle sich zum Lämmchen, sobald man ihm nachgebe. Natürlich sind die Zeugen seiner wirklichen Artung, die von ihm verjagten Ostdeutschen, solchen Kundigen lästig. Und dies trug wesentlich dazu bei, daß die große westdeutsche Presse den Vertriebenen niemals jene unbeschränkte brüderliche Anteilnahme schenkte, wie es in jedem anderen Land geschähe, wenn dort fremde Gewalthaber ein Fünftel des Volkes vom heimischen Boden weggefeßt hätten.

Die Pflicht, die Welt über dieses Ungeheuerliche genau aufzuklären, wurde von Presse, Rundfunk und Regierung nicht erfüllt, die bei wirksamer Aufklärung sich ergebenden politischen Möglichkeiten blieben ungeweckt und ungenutzt. An zahlreichen Stellen Westdeutschlands

sorgen untereinander verquickte Personen dafür, daß man die Ostdeutschen möglichst wenig beachte, mit sozialen Hilfen zwar beruhige, doch wenn sie öffentlich auftreten, jedesmal verdächtige und ihre meist ehrenamtlichen Führer als „Berufsflüchtlinge“ und „Funktionäre“ beschimpfe, bloß weil sie unbeirrt an unser aller Selbstbestimmungsrecht und am deutschen Volksboden festhalten.

Wagte jemand bei sonstigen Völkern, gleichgültig bei welchem, zu liebe fremder Eindringlinge den Verzicht auf eigene Rechte und Gebiete zu fordern, stände er bald als Verräter vor Gericht. Zum Unvergeßbarsten unserer Lage gehört es, worüber noch die Enkel erröten werden, daß solche Leute bei uns unangefochten herumreden, und sie werden nicht einmal so benannt, wie sie es verdienen.

Der unseren Zeilen vorangestellte Spruch von Konfutse enthüllt, um

welche moralische Erkrankung es sich hier handelt. Wo Geschichte und Wahrheit bewußt verzerrt, Treue verachtet, die Opfer vergessen werden, gerieten Begriffe und Worte in Unordnung, noch mehr Herz und Vernunft. Trotzdem bleibt Lüge Lüge, Würdelosigkeit würdelos, Verrat Verrat.

Konnte eine von solchen Leuten beeinflusste Presse der Charta jenen Widerhall verschaffen, der nötig gewesen wäre, um sie in der Welt bekannt zu machen? Nein! Die Welt beachtet dieses reine, vor 15 Jahren beschworene Bekenntnis zur Duldsamkeit und zum Recht keineswegs!

Jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft wäre aussichtslos, wenn die der Jugend seit zwanzig Jahren an-erzogene Selbstsucht und Teilnahmslosigkeit für Dinge und Ziele der Gemeinschaft fort dauert sowie die davon bestimmte Nachbeterei der von gewissen Magazinen verbreiteten Ansichten, die heftigste Kritik herausfordern. Der Spott eines Aus-

länders schien bisher berechtigt zu sein: „Nie glaubte die ‚Hitlerjugend‘ so blind an Hitler wie die meisten jungen Intellektuellen heute — an wen? An den ‚Spiegel‘!“

Seit etwa zwei Jahren mehren sich indessen die Anzeichen, daß die Jugend nicht mehr ganz gedankenlos hinnimmt, was die Schamanen des Meinungsgeschäfts verlautbaren. Das Schwarz-Weiß-Bild, in das unsere Epoche eingetanzte wurde, wird durchscheinend; man gewahrt die Hersteller.

Karl Anton Prinz Rohan deutete vor kurzem auf eine Rundfrage hin, die ermittelt hatte, ob die Deutschen die Bestrafung der an ihnen von Fremden verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen wünschen. 53 Prozent bejahten es, 31% nicht. Dabei antworteten 49% der Volksschüler und 74% der Abiturienten mit Ja. Rohan zieht daraus den Schluß, daß „die heranwachsende deutsche Intelligenz mit dem Sinn für Gerech-

tigkeit auch zu jenen Ehrbegriffen zurückfindet, die bei allen Völkern Geltung haben. Nordrhein-Westfalen erbrachte 61% Befürworter der Bestrafung. Im Raum, in dem die Industriegesellschaft der Bundesrepublik ihre vitalsten Hochleistungen verwirklicht, scheinen die Uhren also wiederum richtig zu gehen“.

Nach einem 1964 in Berlin erschienenen Bericht von Dr. Raasch, dem eine Umfrage zugrunde lag, die er im Auftrag des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung, Frankfurt, unter 2700 Primanern vorgenommen hatte, bejahen „trotz einem erschreckend niedrigen geschichtlich-politischen Kenntnisstand und einem eindeutig antinational beeinflussten Wissen“ 80 bis 90% der Schüler die Werte Volk, Nation und Vaterland.

Das ist ein Zeichen kommender volkhafter Gesundheit, die endlich auch dem Geist der Charta die breite Wirkung ins Gesamtdeutsche und Abendländische ermöglichen könnte.

Südostdeutsche Vierteljahresblätter

Sonderdruck

aus Heft Nr. 4 / 1965

*15 Jahre nach der Charta
der Vertriebenen*



an ihm war. Sollte eine sittliche Erneuerung in diesem Volk noch möglich sein: nicht mehr von der Kirche wird sie ausgehen können, nicht auf kirchlichen Rat wird es dabei hören. Sollte es in neue Versuchungen kommen: jede Warnung der Kirche wird ungehört verhallen. Ich halte für beinahe unmöglich, daß die schuldhaft Versäumnis der Evangelischen Kirche: die Versäumnis an ihrer Mutterpflicht, je wieder einzuholen ist... Die Kirche aber hat noch nicht einmal gemerkt, was da passiert ist, und läßt auch auf dem diesjährigen Kirchentag wieder die Bußprediger ihre Schuldanklagen spucken! Wahrhaftig, ich sage Ihnen: nicht der Nationalsozialismus, nicht der Kommunismus hat unser Volk dem Christentum entfremdet — sondern diese Leute!

Wir machen es uns leicht, wenn wir die Unbußfertigkeit nur beim Volk sehen. Wir sollten endlich anfangen, uns sehr ernst zu fragen, wer diese offenbare Unbußfertigkeit verschuldet hat.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen — ich nenne den alten Wurm, den alten Dibelius, und es leben verstreut noch einige, eine kleine Schar — hat unser Volk an seinen evangelischen Geistlichen nicht die Hirten gehabt, die Jesus wollte: die „ihr Leben lassen für ihre Schafe“. Sondern nur zu oft mit den Wölfen haben diese Hirten geheult oder doch zum Geheul der Wölfe geschwiegen. Und ich fürchte: Gott wird unsre Kirche dafür strafen. Das ist nur eine mich bedrängende Ahnung — ich will nicht jetzt meinerseits so tun, als ob ich in die Ratschlüsse Gottes Einblick hätte.

Ihr B. v. H.

Fünfzehn Jahre nach der Charta der Vertriebenen

Was uns peinigt und was hoffen läßt

Von Heinrich Zillich

Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Sitte und Kunst nicht; gedeihen Sitte und Kunst nicht, so trifft das Gericht nicht; trifft das Gericht nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man es nicht, daß in den Worten etwas in Unordnung sei. Das ist es, worauf alles ankommt.

Konfutse

Am 5. August 1950 verkündeten die Sprecher der Ostdeutschen in Cannstatt die *Charta der Vertriebenen*, eine Grundsatz- und Willenserklärung der Duldsamkeit und Einsicht, wie sie von verjagten, ausgeraubten, geschändeten Menschen, deren Angehörige zu Millionen gefoltert und ermordet wurden, bisher noch niemals abgegeben worden ist. Sie lautet:

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen:

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseitestehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.

2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze Deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.

3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des Deutschen Volkes.

4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als den vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird."

Die Bundesrepublik ehrte sich selbst, als sie am 5. August, gleichfalls im Kursaal zu Cannstatt, der vor 15 Jahren erfolgten Verkündung der Charta feierlich gedachte. Bundespräsident Lübke sagte dabei: trotz dem humanen Geist der Charta beschuldigten die Kommunisten nach der „Haltet-den-Dieb-Taktik“ die Verjagten als Nationalisten und Revanchisten; und obwohl die Vertreibung Unrecht gewesen sei, habe „der Verzicht der deutschen Heimatvertriebenen auf Gewalt zu keiner Sinnesänderung im Osten“ geführt. Dennoch dürfe man nicht resignieren. „Wer sein Recht finden will, braucht gute Nerven und ein zähes Beharrungsvermögen.“ Es gebe Staaten, die gegen die Menschenrechte verstießen und dies mit dem Mantel des Menschenrechts verhüllen. Das Ansehen der „Vereinten Nationen“ leide, wenn man solche Mitglieder nicht tadele. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen Dr. h. c. Wenzel Jaksch erklärte, die Leistung der Vertriebenen für Westdeutschlands Aufbau erkenne jeder Verantwortungsbewußte an, deshalb könnten sie die „Zweckfeindschaft einiger Berufskritiker gelassen ertragen“. Daß die Ostdeutschen das 15. Jahr nach Verkündung der Charta als „Jahr der Menschenrechte“ begehen, bewaise ihr Festhalten am gesteckten Ziel.

*

Die Gedächtnisstunde in Cannstatt, der von den Unterzeichnern der Charta manche nicht beiwohnen konnten, weil sie inzwischen aus ihrem guten Kampf ins Jenseits abberufen worden waren, bestätigte wiederum, daß Staat und Parteien in Westdeutschland sich öffentlich gern hinter die Ostdeutschen stellen. Sie halfen auch stets mit, ihnen durch den Lastenausgleich und andere soziale Zuwendungen für die erlittenen Verluste einen gewissen wirtschaftlichen Ersatz zu verschaffen. So unbedingt aber, wie sich die Ostdeutschen für den Wiederaufbau Westdeutschlands einsetzten, hat sich dessen eingeborenes Volk für sie nicht immer ins Zeug gelegt.

Das zeigte sich schon darin, daß niemand, freilich auch das damals noch verwirrte Ostdeutschland nicht, eine Verfassung für Westdeutschland erstrebte, durch die man die vertriebenen Stämme ins Staatsleben organisch hätte einfügen können.

Mit der Verjagung kamen ja nicht allein 16 Millionen ausgeplünderte Menschen nach Mittel- und Westdeutschland, sondern mehrere durch kulturelle und sonstige Taten, Sitten und Schicksale geprägte Stämme, deren Beitrag zur deutschen und europäischen Geschichte mitunter welthistorisch war. Man schuf für sie weder Sitze im Bundesrat, noch sicherte man ihnen eine ihrer Größe entsprechende Zahl von Abgeordneten im Bundestag zu, was ihren Stammeszusammenhalt gestützt hätte. Man nahm sie, die weit weniger Masse waren als die Westdeutschen, lediglich als Masse auf, zur Arbeit ausgezeichnet geeignet. Außerdem waren sie — welch ein Vorteil! — gegenüber dem Kommunismus immun.

„Man könne“, meinte Wenzel Jaksch neulich, „zu einem Verständnis der Moskauer Politik den Deutschen gegenüber nur kommen, wenn man sich vor Augen hält, daß Bolschewismus gleich Kommunismus plus Panslawismus ist.“ Der den Russen seit Dostojewski eingetränkte Glaube an die nationalistische Eroberungsmission der Slawen verschärfte sich durch den zusätzlichen, tausendmal offen verkündeten Glauben, berufen zu sein zur Weltrevolution. Wie ernst das gemeint ist, wissen die Ostdeutschen aus Erfahrung, und kein Wohlstand läßt sie es vergessen.

Seit sie sich um 1949 landsmannschaftlich organisiert hatten, stoßen sie aber auf die Feindschaft jener Zeitungsschreiber, die behaupten, der Bolschewismus verwandle sich zum Lämmchen, sobald man ihm nachgebe. Natürlich sind die Zeugen seiner wirklichen Artung, die von ihm verjagten Ostdeutschen, solchen Kundigen lästig. Und dies trug wesentlich dazu bei, daß die große westdeutsche Presse den Vertriebenen niemals jene unbeschränkte brüderliche Anteilnahme schenkte, wie es in jedem anderen Land geschähe, wenn dort fremde Gewalthaber ein Fünftel des Volkes vom heimischen Boden weggefeßt hätten.

Die Pflicht, die Welt über dieses Ungeheuerliche genau aufzuklären, wurde von Presse, Rundfunk und Regierung nicht erfüllt, die bei wirksamer Aufklärung sich ergebenden politischen Möglichkeiten blieben ungeweckt und ungenutzt. An zahlreichen Stellen Westdeutschlands sorgen untereinander verquickte Personen dafür, daß man die Ostdeutschen möglichst wenig beachte, mit sozialen Hilfen zwar beruhige, doch wenn sie öffentlich auftreten, jedesmal verdächtige und ihre meist ehrenamtlichen Führer als „Berufsflüchtlinge“ und „Funktionäre“ beschimpfe, bloß weil sie unbeirrt an unser aller Selbstbestimmungsrecht und am deutschen Volksboden festhalten.

Wagte jemand bei sonstigen Völkern, gleichgültig bei welchem, zuliebe fremder Eindringlinge den Verzicht auf eigene Rechte und Gebiete zu fordern, stände er bald als Verräter vor Gericht. Zum Unvergeßbarsten unserer Lage gehört es, worüber noch die Enkel erröten werden, daß solche Leute bei uns unangefochten herumreden, und sie werden nicht einmal so benannt, wie sie es verdienen.

Der unseren Zeilen vorangestellte Spruch von Konfutse enthüllt, um welche moralische Erkrankung es sich hier handelt. Wo Geschichte und Wahrheit bewußt verzerrt, Treue verachtet, die Opfer vergessen werden, gerieten Begriffe und Worte in Unordnung, noch mehr Herz und Vernunft. Trotzdem bleibt Lüge Lüge, Würdelosigkeit würdelos, Verrat Verrat.

Mögen die meisten Ostdeutschen in der Bundesrepublik mit ihren äußeren Umständen jetzt zufrieden sein, so merken sie doch, wie in aufreizender Wiederholung die eben erwähnten, oft in Presse, Rundfunk und Fernsehen tonangebenden Leute sie anfeinden. Es betätigt sich hiebei gegen den am härtesten von der Niederlage getroffenen Volks-

teil außer einem Sühnekomplex noch etwas Abgründiges: der Haß der Nutznießer der Niederlage samt einer Schar ihrer Anhänger, eine verschiedenartig zusammengesetzte Clique, die natürliches nationales Empfinden nicht erträgt, selbstverständlichste Werte der Gemeinschaft fast lustvoll zersetzt, weithin auch das künstlerische und literarische Geschäft beherrscht. Diese Clique ist ungemein reuwütig, wenn ein Deutscher sich gegen Fremde etwas zuschulden kommen ließ, wobei sie sogar lächerliche Narreteien zur Affäre aufbläst, und ihr fehlt alles Gefühl für die Millionen unserer Opfer.

Bei der Erziehung der Jugend zur Mitarbeit am öffentlichen Leben muß es die erste Aufgabe sein, ihr Mißtrauen gegen diese Leute einzupflanzen. Wirkliche Meinungsfreiheit erringen wir nur, wenn endlich in Presse, Bild- und Wortfunk unbehinderte Aussprachen stattfinden unter *Achtung des Ansichtsgegners*. Das wird sich nicht bald verwirklichen, denn jene Denunzianten, die sich seit zwanzig Jahren damit beschäftigen, irgendwen anzuschwärzen, weil er einst von der Meinungsfreiheit Gebrauch machte und andere politische Ansichten hatte, als sie verlangen, daß man sie haben mußte, verdienen an der dadurch verursachten geistigen Erstarrung gar zu gut. Oft dachten diese Denunzianten zwar ehemals genau so wie ihre verpöfften Opfer oder sie verleumdten Menschen, die durchaus nicht so dachten und waren, wie man es jetzt von ihnen behauptet. Das ist alles unwichtig! *Wichtig ist allein: zur Clique der Meinungsmacher zu gehören!* Dann wird man geduldet, denn die Clique kennt sich zu gut, um sich gegenseitig nicht alles zu vergeben, was sie sonst niemandem vergibt.

Bei manchem Blatt und Sender sitzen die „Gemauserten“ trotzdem in panischer Angst vor den nachdrängenden jungen Kollegen, die nie die Macht einer geschichtlichen Stunde erlebten, weswegen sie mit dem Dünkel unbefleckter Demokraten *das Glück der Kleinbürger genießen, Zensuren zu verteilen*. Diese Väterhasser, die Nachgeburt der Niederlage, kennzeichnen am krassesten den Tiefstand unseres „veröffentlichten“ Lebens, wo nicht die Leistung, sondern die er- oder zugeschnüffelte „Gesinnung“ gilt.

Könnte eine von solchen Leuten beeinflusste Presse der Charta jenen Widerhall verschaffen, der nötig gewesen wäre, um sie in der Welt bekannt zu machen? Nein! *Die Welt beachtet dieses reine, vor 15 Jahren beschworene Bekenntnis zur Duldsamkeit und zum Recht keineswegs!*

Und wie steht's mit der *Erhaltung ostdeutscher Art bei uns*? Staat und Städte spenden dafür zwar mancherlei, doch zu wenig, obwohl sie die Steuern der Vertriebenen einstreichen. Etliche Bundesländer wurden erfreulicherweise Paten verjagter Stämme oder deren Ortsgemeinschaften, was sich in den meisten Fällen auf Festveranstaltungen beschränkt. Es gibt rühmliche Ausnahmen. Seinen Patenkindern half Nordrhein-Westfalen stets großzügig.

Gemessen an den Milliarden, die Bonn fremden Ländern als Entwicklungshilfe zubilligt, sind seine Zuwendungen für die *geistigen* Dinge der Ostdeutschen, z. B. für die „*Ostdeutschen Kulturwerke*“ auch zu gering und wurden sogar geschmälert.²⁾ Jede Kürzung bringt Teile deutscher Leistung und Geschichte in die Gefahr des Absterbens. Die Ostdeutschen verlieren Selbstbewußtsein und Wesen nicht so rasch, wie man wähnte, sie büßen aber doch manche Eigenheit ein, was immer ein *gesamtdeutscher Verlust* ist. Daß wenigstens ihr kulturelles Erbe fortwirke, kann ermöglicht werden. Wir brauchen daher nicht nur Begegnungsstätten, Altersheime und gelegentliche Kulturveranstaltungen, wir brauchen *hochdotierte Archive, Museen und Büchereien, Zeitschriften* und min-

²⁾ So wurde der DM 200 000 betragende Jahresetat der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde um 7% gekürzt. Die Arbeit der Gesellschaft, die sehr wichtige Zeitschriften herausgibt, ist dadurch in Frage gestellt.

destens eine große uns gewogene Zeitung, um die Werke jedes Stammes im Spiegel der Sprache und des Bildes aufzubewahren und seine Angehörigen zu fördern, wohlgerne zum Segen des *ganzen* Volkes und des kommenden europäischen Reiches.

Von den zu niedrigen Unterstützungsbeträgen für die ostdeutsche Kulturarbeit empfangen den Löwenanteil die *Wissenschaftler*; sie stellen eine ansehnliche Zahl ostkundlicher Bücher her, die nur selten ins Volk dringen. Wie das geändert werden könnte, darüber empfangt der „*Ostdeutsche Kulturrat*“ fruchtbare Vorschläge; doch bedarf er selber einer Belebung. Außer den Gelehrten muß jenen *schöpferischen Künstlern und Schriftstellern* geholfen werden, von denen bedeutende Arbeiten zu erwarten sind, die sie ihrer ungesicherten Existenz wegen nicht verwirklichen können. Alten Meistern gebührt, das gilt für die Westdeutschen auch, ein anständiger *Ehrensold*, sofern ihre Einkünfte unzureichend werden, wie das häufig geschieht. Man wende nicht ein, für diese Berufsklasse seien Kunsthändler und Verlage da; gerade *die* nehmen sich der Ostdeutschen zu wenig an.

Das möge ein Beispiel erhärten: ob man den vor einigen Jahren verstorbenen größten sudetendeutschen Dichter unserer Tage *Kolbenheyer* ablehnt oder nicht, unleugbar bleibt, daß sein Werk die Bücher zahlloser heute in Mode gebrachter Autoren berghoch überragt. Außerdem bewies er unter jedem Regime Mut zu eigenen öffentlich geäußerten Gedanken. Nach 1945 wurde er verleumdet und verfolgt. Seither fand man in keiner großen Zeitung eine Arbeit von ihm. Er wird totgeschwiegen. Und so ergeht es manchen westdeutschen Dichtern von Rang, wohl noch mehr den ostdeutschen. Nur ein Viertel oder Drittel unseres Schrifttums wird von unserer Tagespublizistik und von den davon beeinflussten Verlagen sichtbar gemacht. Den damit verbundenen *Niveauverlust der veröffentlichten Literatur* verdecken die ihr allein gezollten Ehrenpreise nicht.

Im Gegensatz zu ihrer Behauptung, uns sei die geistige Welt seit Kriegsende endlich zugänglich, bevorzugt die Clique oft die Darstellung widerwärtigster Hinterhöfe; es mangelt ihr außerdem an der selbstverständlichen Generosität, mit der Menschen von Erziehung und Welt den Ansichtsgegner zur Sprache kommen lassen; sie ist schlechthin spießbürgerlich.

Mit den 87 Milliarden, die die Bundesrepublik für den Lastenausgleich aufbrachte und die sich noch stark vermehren werden — eine bewundernswerte Leistung! — erschöpft sich ihre Verpflichtung uns gegenüber nicht. Wir haben — es sei wiederholt — keine einzige Institution, die uns den Westdeutschen *stammlich gleichberechtigt* ins Staatsgefüge aufnimmt. In der Bundesrepublik gilt nicht der Volksgedanke, sondern der *Etatismus* und ein durch Zufälle der Geschichte territorial begrenzter und *übertriebener Föderalismus*, der stammliche Gliederungen nicht ernsthaft genug beachtet und sogar jenem Stamm, der das Reich schuf, den Franken, kein Bundesland gewährt, im rheinischen Raum aber Länder ohne jeden Eigenwuchs zusammenknetete. Wie konnte da für den verfassungsmäßigen Einbau der ostdeutschen Stämme Platz sein? Als 1949 die Bundesrepublik entstand, formte sie sich unter dem Druck der Sieger zum Abziehbild der westlichen Demokratie. Eine *schöpferisch-deutsche* Idee, die das *innere Gefüge* unseres Volkes berücksichtigt hätte, wirkte nicht mit. Zur wirtschaftlichen Weltmacht stieg dieser Staat inzwischen zwar auf, doch er hält zäh an seinen Mängeln fest.

Die ostdeutschen Parlamentspolitiker blicken hierüber zumeist parteibefangen hinweg. Wer indessen die Augen offen hält, der übersieht nicht, daß die Ostdeutschen in mancher Hinsicht benachteiligt sind. Das Geschwätz von ihrer vollzogenen *Eingliederung* bestätigt, was man wünscht, daß der Eingegliederte sich selbst aufgebe. Geschähe das — Gott verhüte es! — so erlitten unser ganzes Volk eine *seelische Verarmung* sondergleichen. Dagegen anzukämpfen, sollten jährlich einige Millionen Mark nicht zu viel sein, wenn wir anderen Ländern Milliarden spenden.

Die Parteien zeigen uns in öffentlichen Äußerungen ein freundliches Gesicht. Sie loben sogar das bei den meisten Ostdeutschen ungebrochene natürliche nationale Empfinden. Folgen den Worten Taten?

Eine Kundgebung der Sozialdemokraten auf ihrem „Volkspolitischen Kongreß“ am 27. Juni in Bad Godesberg hielt sich nicht an das langweilige Schema der gewohnten Erklärungen. Sie durchbrach es mit klaren Bekenntnissen, die sicherlich auch auf die bevorstehenden Bundestagswahlen gemünzt waren; dennoch ließen sie ein Pflichtgefühl verspüren, das man den Sozialdemokraten ins Gewissen zurückrufen muß, sollte es sich wieder verflüchten, weil sie am 19. September bei den Wahlen nicht gesiegt haben.

Der Parteivorsitzende versicherte, hinter dem Rücken der Vertriebenen dürfe keine Deutschlandpolitik gemacht werden. Sein Stellvertreter Wehner betonte, ohne Selbstbestimmung für die Deutschen sei jedes Arrangement zwischen Ost und West hoffnungslos; die im Ostblock lebenden Deutschen, diese „Menschen ohne Volk“, müsse die Bundesrepublik moralisch unterstützen, „denn Volk will zu Volk und kommt zu Volk“. Niemand sei berechtigt, „auf die Rechte unseres Nächsten und Bruders zu verzichten“. Jaksch forderte von den Intellektuellen, ihr Mißtrauen gegen den Volkstumsbegriff zu überwinden. Die „so beliebte Achtung des Volkstumsgedankens lähmt nicht nur die Bereitschaft zum solidarischen Einstehen aller Deutschen, sondern nimmt auch den Bemühungen um die Wiedervereinigung die motorische Kraft eines lebendigen Rechtsempfindens“.

Der Kongreß verlangte, daß man gegen die „Massenmedien“ vorgehe, die auf deutsches Gebiet verzichten; er verlangte auch eine wirksame Existenzsicherung für alle europäischen Volksgruppen und einen Fünf-Jahres-Plan zum Ausbau deutscher Schulen und Kultureinrichtungen im Ausland.

Damit trat er, was die Presse ungenügend, teilweise hämisch glossierte, genau dafür ein, was dem Geist der Charta dient, für die *Einheit des deutschen Volkes*, für ein *verbündetes Europa*, das nur entstehen kann, wenn sich alle Volkstümer frei und gleichberechtigt entwickeln dürfen. Für dieses Ziel kämpften besonders die Deutschen in den europäischen Ländern außerhalb des Reiches schon seit vielen Jahrzehnten. Deshalb sind wir dankbar, daß die *Notwendigkeit eines Volkstumsschutzes* wieder erkannt wurde.

Jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft wäre aussichtslos, wenn die der *Jugend* seit zwanzig Jahren anerzogene Selbstsucht und Teilnahmslosigkeit für Dinge und Ziele der Gemeinschaft fort dauert sowie die davon bestimmte Nachbeterei der von gewissen Magazinen verbreiteten Ansichten, die heftigste Kritik herausfordern. Der Spott eines Ausländers schien bisher berechtigt zu sein: „*Nie glaubte die ‚Hitlerjugend‘ so blind an Hitler wie die meisten jungen Intellektuellen heute — an wen? An den ‚Spiegel‘!*“

Seit etwa zwei Jahren mehren sich indessen die Anzeichen, daß die Jugend nicht mehr ganz gedankenlos hinnimmt, was die Schamanen des Meinungsgeschäfts verlautbaren. Das Schwarz-Weiß-Bild, in das unsere Epoche eingestanzte wurde, wird durchscheinend; man gewahrt die Hersteller.

Karl Anton Prinz Rohan deutete vor kurzem auf eine Rundfrage hin, die ermittelt hatte, ob die Deutschen die Bestrafung der an ihnen von Fremden verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen wünschen. 53% bejahten es, 31% nicht. Dabei antworteten 49% der Volksschüler und 74% der Abiturienten mit Ja. Rohan zieht daraus den Schluß, daß „*die heranwachsende deutsche Intelligenz mit dem Sinn für Gerechtigkeit auch zu jenen Ehrbegriffen zurückfindet, die bei allen Völkern Geltung haben. Nordrhein-Westfalen erbrachte 61% Befürworter der Bestrafung. Im Raum, in dem die Industriegesellschaft der Bundesrepublik ihre vitalsten Hochleistungen verwirklicht, scheinen die Uhren also wiederum richtig zu gehen*“.

Nach einem 1964 in Berlin erschienenen Bericht von Dr. Raasch, dem eine Umfrage zugrunde lag, die er im Auftrag des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung, Frankfurt, unter 2700 Primanern vorgenommen hatte, *bejahen* „trotz einem erschreckend niedrigen geschichtlich-politischen Kenntnisstand und einem eindeutig anti-national beeinflussten Wissen“ 80 bis 90% der Schüler die Werte *Volk, Nation und Vaterland*.

Das ist ein Zeichen kommender volkhafter Gesundung, die endlich auch dem Geist der Charta die breite Wirkung ins Gesamtdeutsche und Abendländische ermöglichen könnte.

Dr. Franz Kräuter, Schulmann und Abgeordneter

Zum 80. Geburtstag eines großen Banater Schwaben

Von Franz H. Riedl

Mit dem Aufbau und der modernen Entwicklung des deutschen Schulwesens sowie mit der Erneuerung des Katholizismus im rumänischen Banat sind vier bedeutende Persönlichkeiten verknüpft: die Verstorbenen: Bischof Dr. Augustin *Pacha* und Priorin Liobaschwester Dr. Hildegardis *Wulff* O.S.B., ferner die aus der Heimat vertriebenen, bei Freiburg Lebenden: Prälat Domherr Josef *Nischbach* und Oberstudienrat i. R. Dr. Franz *Kräuter*.

Kräuter wurde als Sohn eines Kaufmannes am 12. Mai 1885 in *Vulcovacz* in der Gespanschaft Temesch-Torontal, Ungarn, geboren. Seine eigentliche Heimat ist Nicky-dorf, denn dort wuchs er seit dem dritten Lebensjahr auf. Die ungarische Sprache erlernte er in *Riedberg* (*Végvár*) bei Busiasch, die rumänische in *Vulcovacz* und *Lugosch*; deutsch ist seine Muttersprache. Auf drei Gymnasialklassen bei den Piaristen in Temeschburg folgten fünf weitere in *Lugosch*, wo er mit lauter Einsen im Zeugnis als Prämaturs das Abitur meisterte.

Er schrieb sich an der philosophischen Fakultät der *Universität Budapest* ein und fand seiner hervorragenden Fähigkeiten wegen Aufnahme im *Eötvös-Kollegium*, das für die besten weltlichen Begabungen eine gleiche Bedeutung hatte wie das *Pazmaneum* und *Frintaneum* in Wien oder das *Collegium Germanicum-Hungaricum* in Rom für die geistlichen Studierenden.

Nach Promotion, Lehramtsprüfung und einem Studienaufenthalt in Paris begann Dr. Kräuter seine Lehrtätigkeit 1908 am *Institut Röser in Budapest* und kam 1909 als Professor an die Budapester *Handelsakademie* und 1910 an die *Oberrealschule*. Aussichten für die akademische Laufbahn machten sein Kriegsdienst 1914–1918 und der Zusammenbruch der Donaumonarchie zunichte. Nach der Rückkehr ins bürgerliche Leben verheiratete er sich 1918 mit der Lehrerin Irma Sattler in Temeschburg, einer Nichte des späteren Banater Bischofs Dr. Augustin *Pacha*.

Knapp vor Kriegsende hatte die ungarische Regierung die verheerenden Auswirkungen der Madjarisierungspolitik endlich erkannt. Daher wurde der damals dreiund-dreißigjährige Kräuter als deutschbewußter und staatsstreuer Schulmann mit dem Auftrag, ein deutsches Schulwesen im Banat vorzubereiten, im September 1918 nach Temeschburg geschickt. Bischof *Glattfelder* war vom Ministerpräsidenten Tisza ein deutsches Gymnasium in Temeschburg bereits zugesagt worden. Jedoch wehrten sich der